

Nicht jeden Monat, das ist ausgeschlossen. Aber zwei- bis dreimal im Jahr öffentliche Diskussionen zu aktuellen politischen Fragen oder zu bedeutenden Anlässen, das ist notwendig.“

Immer im Gespräch bleiben

„öffentliche Partei Versammlungen, Diskussionen in größerem Kreis, Foren oder wie immer man die Dinge nehmen will — ihr meint, daß das Methoden der politischen Massenarbeit sind, die zum festen Bestandteil der Tätigkeit eurer Parteiorganisation werden sollen?“

„Unbedingt.“ Genosse Wilde nickt zustimmend. „Wir sind zu der Ansicht gekommen, daß es nicht ausreicht, immer nur über ökonomische Angelegenheiten zu sprechen, über Futter und Milch, über die Schweine- und die Rindfleischproduktion, über die Bodenbearbeitung usw.

Schaut einmal, in Einzelaussprachen kommt uns so viel zu Ohren, wird uns von unseren Bauern so viel gesagt. Da heißt es: „Drüben hat es der Bauer leichter. Wenn er etwas verkauft, dann geht es in die eigene Tasche. Er hat kein Soll zu bringen und dergleichen mehr.“⁴

Sicher, wir setzen uns damit auseinander, stehen als Genossen Rede und Antwort, doch das geschieht nur sehr isoliert und außerdem nur dann, wenn wir als Parteimitglieder auf derartige Argumente stoßen. Das reicht doch aber nicht. Die politische Massenarbeit muß unbedingt organisiert geschehen. In einer öffentlichen Versammlung zum Beispiel kommen wir außerdem mit unseren Argumenten gleich an sehr viele Menschen heran.

Allerdings wäre es gut, künftig folgendes zu beachten: Die Genossen müssen gut vorbereitet in die öffentliche Versammlung gehen. Das verlangt, daß vorher in einer Parteiversammlung die Argumente, die uns zu Ohren kommen und zu denen wir etwas sagen wollen, diskutiert werden. Dabei interessiert nicht, von wem dieses oder jenes Argument kommt, wer was gesagt hat. Es interessiert nur der Fakt. Mit diesem Fakt müssen wir uns beschäftigen, ihn müssen wir politisch auseinandernehmen, wir müssen wissen, was sich dahinter verbirgt und wie wir am überzeugendsten darauf antworten können. Nehmen wir das Argument, daß drüben, in Westdeutschland, alles für die Bauern leichter sei.

Hieran zeigt sich doch große Unkenntnis über die Bonner Bauempolitik, darüber, daß drüben der Weg zur Großraumwirtschaft über die Ruinierung tausender und abertausender von kleinen und mittleren Bauernhöfen geht, daß überhaupt die Bonner Bauernpolitik aufs engste mit der Bonner Kriegspolitik zusammenhängt. Aber das ist nur die eine Seite. Offensichtlich ist sich mancher unter uns auch noch nicht völlig über die Richtigkeit der Agrarpolitik unserer Partei und Regierung Idar.

Für uns Genossen kommt es also darauf an, zuerst einmal den Ausgangspunkt für unsere Diskussion zu den aufgeworfenen Argumenten zu finden. Im vorliegenden Falle ist es die Agrarpolitik, wie sie hüben und drüben durchgeführt wird. Wir wollen uns nichts vormachen: Keiner von uns hier, der Parteisekretär vielleicht ausgenommen, ist in der Lage, dazu hieb- und stichfest zu argumentieren, ich meine so, daß unsere Genossen-

schaftsbauern von der Richtigkeit unserer und der Schädlichkeit der Bonner Agrarpolitik wirklich überzeugt werden. Das aber bedeutet, daß in so manchem Kopf nach wie vor eine falsche Ansicht vorhanden ist, die zu falschen Schlußfolgerungen und auch zu einem falschen Verhalten in der Praxis führen kann.

Ich will damit sagen: Wir als Genossen müssen das im Auge haben und uns deshalb in Parteiversammlungen das entsprechende Rüstzeug aneignen. Dann wird jedes Einzelgespräch leichter sein, aber auch unsere öffentlichen Versammlungen werden noch an Gewicht gewinnen.

Was die Versammlung zeigte

Die letzte Versammlung hat zur Genüge erkennen lassen, daß unsere Menschen die nationale Entwicklung sehr aufmerksam verfolgen. Kurt Kalisch, der Parteisekretär, sprach zur nationalen Frage in der heutigen Sicht. Er stützte sich dabei auf die entsprechenden Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht auf dem 7. Plenum. In der Diskussion kam dann eine solche Frage: „Kurt, du sprichst so überzeugt davon, wie ein künftiges wiedervereinigtes Deutschland aussehen wird. Vielleicht kannst du uns aber einmal sagen, wie es überhaupt zustande kommen soll?“⁴

Es wurde darauf geantwortet, und ich glaube auch, daß es nicht falsch war, etwa so zu argumentieren: Der Weg zur Wiedervereinigung führt über die Verständigung beider deutscher Staaten. Diese Verständigung aber verlangt, daß der westdeutsche Militarismus und Imperialismus gebändigt werden, sie verlangt, daß in Deutschland abgerüstet wird, daß Bonn auf den Revanchis-